



Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung: Weitere Bildungsinvestitionen für alle Gesellschaftsschichten erforderlich

Brüssel, 12. November 2015

Der Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2015 zeigt europaweite Fortschritte bei den Bildungserfolgen, lässt aber erkennen, dass weitere Investitionen erforderlich sind, um die Bildung inklusiver zu gestalten und den gesellschaftlichen Aufstieg zu fördern.

Die Auflage 2015 des EU-Anzeigers für die allgemeine und berufliche Bildung zeigt, dass immer mehr Mitgliedstaaten ihr Ziel, die Zahl der Personen mit höherem Abschluss zu erhöhen und die der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger zu senken, erreicht haben. Damit ist Europa auf dem richtigen Weg zur Erreichung der Ziele seiner Strategie für Wachstum und Beschäftigung bis 2020. Diese Fortschritte verteilen sich jedoch ungleichmäßig, es gibt Abweichungen zwischen und in den Mitgliedstaaten. Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Schichten sowie mit Migrationshintergrund haben das höchste Risiko, den Mindestbildungsstand zu verfehlen.

Tibor Navracscics, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, sagte: *„Bildung ist ein entscheidender Faktor für die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wenn sich Europas Bildungssysteme verbessern, müssen die positiven Auswirkungen dieses Erfolgs auch den am stärksten gefährdeten Gruppen zugutekommen. Dafür brauchen wir neue und verstärkte Investitionen in die Bildung, damit hochwertige offene, fördernde und tolerante Lernumgebungen für alle gewährleistet sind.“*

Die für den Anzeiger zusammengestellten Belege zeigen, dass 15-Jährige aus schwachen sozioökonomischen Verhältnissen mit einer fünffach erhöhten Wahrscheinlichkeit gegenüber ihren Altersgenossen aus günstigeren Verhältnissen die Grundqualifikationen wie Lesen, Schreiben und Rechnen nicht erwerben. Deutlich wird auch die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit des frühzeitigen Ausscheidens aus der Schule bei Schülern, die im Ausland geboren sind, doppelt so hoch ist wie bei einheimischen Schülern.

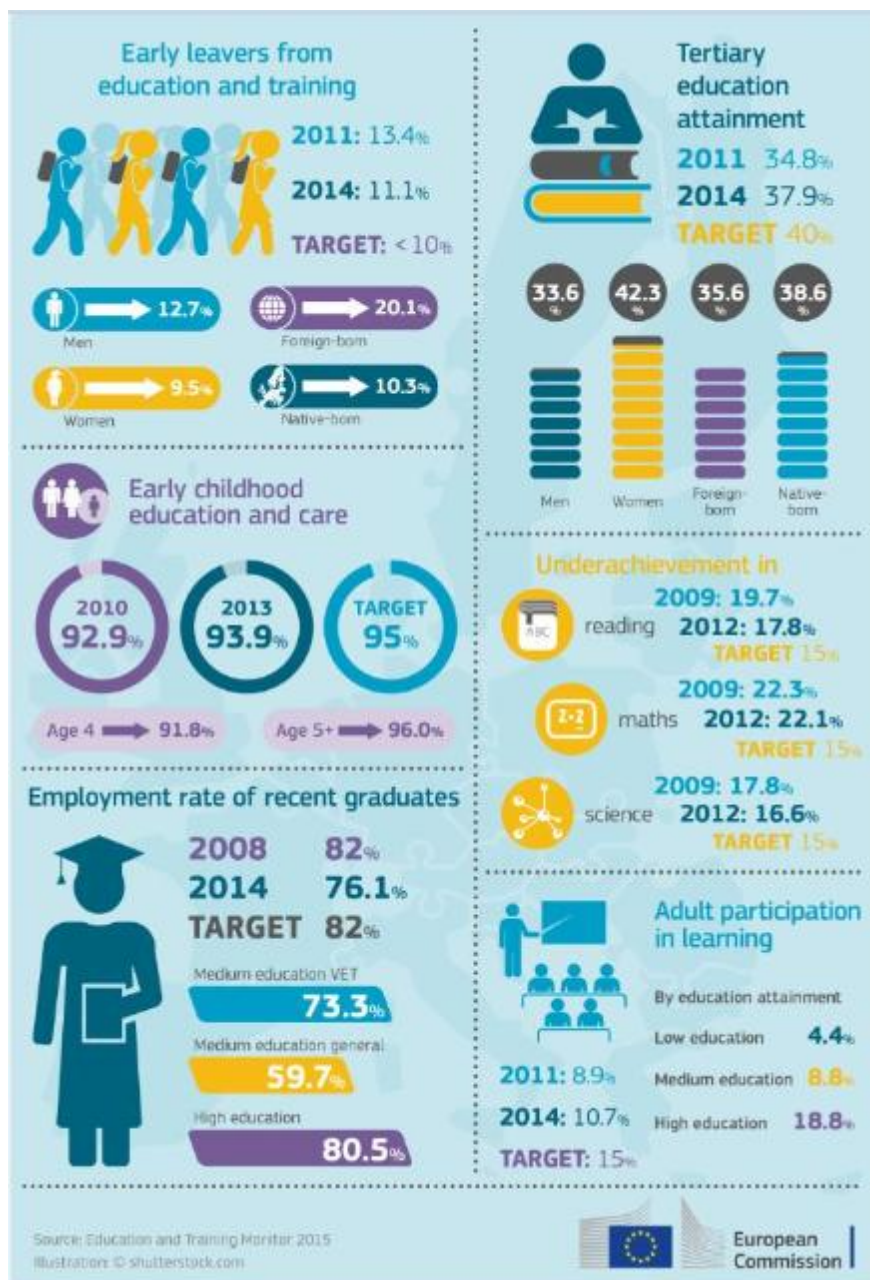
Diese Situation ist vor dem Hintergrund ständiger Kürzungen bei den Bildungshaushalten zu betrachten, die europaweit seit 2010 um 3,2 % zusammengestrichen wurden. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass ein neuer Impuls für Investitionen in die Bildung erforderlich ist, um inklusivere Bildungssysteme in Europa zu schaffen und einer zunehmenden „Bildungsarmut“ vorzubeugen, die eine der Hauptursachen von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung bleibt. Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, ihre Bemühungen auf die Verbesserung der Zugänglichkeit, Qualität und Relevanz ihrer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung zu konzentrieren.

Hintergrund

Der Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2015 ist die vierte Auflage dieses jährlich erscheinenden Berichts, der die Entwicklung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa aufzeigt und dazu eine Vielzahl von Daten zusammenstellt. Die Fortschritte in Europa werden an den Vorgaben des [Kernziels „Bildung“](#) für 2020 im Rahmen der allgemeineren EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung gemessen. Der Bericht bildet auch den Ausgangspunkt für die Bewertung der Leistung der EU-Länder als Basis für die jährlichen Länderberichte im Rahmen des Europäischen Semesters.

Der Anzeiger verstärkt weiterhin die allgemeine Faktengrundlage für die Bildungspolitik und hat sich zu einem Referenzinstrument für politische Entscheidungsträger in ganz Europa entwickelt. Er enthält einen Ländervergleich und 28 ausführliche Länderberichte, außerdem verfügt er über eine [eigene Website mit zusätzlichen Daten und Informationen](#).

Voneinander zu lernen ist ebenso wichtig wie eine solide Faktengrundlage, wenn die Mitgliedstaaten Probleme wie zunehmende Ungleichheiten und hartnäckige Arbeitslosigkeit in ganz Europa bewältigen müssen. Die im Anzeiger zusammengestellten Daten können auch das Verständnis und die Reaktionsfähigkeit bei wachsender Radikalisierungsgefahr verbessern, wie sie sich bei den Attentaten in Paris und Kopenhagen vor einigen Monaten manifestiert hat, und bei der Bewältigung von Problemen im Zuge der derzeitigen Flüchtlingskrise helfen, indem offenere Gesellschaften mit stärkerem Zusammenhalt aufgebaut werden.



IP/15/6052

Kontakt für die Medien:

[Nathalie VANDYSTADT](#) (+32 2 296 70 83)

[Mirna TALKO](#) (+32 2 298 72 78)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Photos & Videos

[Visual](#)